

Kiel, 25.01.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 1 A - Regierungserklärung zum Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein

Lothar Hay:

Die Zukunft Schleswig-Holsteins muss von Nachhaltigkeit geprägt sein

Arbeitsmarktpolitik wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiger Bestandteil unserer Politik in Schleswig-Holstein sein, führt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, in seiner Rede aus. Denn Arbeitslosigkeit ist ein Problem sowohl für die direkt Betroffenen als auch für den Sozialstaat und für den sozialen Frieden. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird auch bestimmt von der wirtschaftlichen Entwicklung. Doch das wirtschaftliche Interesse ist nicht automatisch eines, das allen Menschen dient, wie man bei Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen, obwohl sie gleichzeitig Umsatzzuwächse haben, sieht.

Der Schleswig-Holsteinische Weg, die wirtschaftlichen Schwerpunkte zu stärken, ist richtig, so Hay. Die Förderung des ländlichen Raums darf sich jedoch nicht in der Förderung der Landwirtschaft erschöpfen, sondern muss heißen, Infrastruktur zu stärken und auszubauen.

Beim Zukunftsprogramm ist also ein bereichsübergreifender Ansatz von zentraler Bedeutung. Das heißt, Wirtschaftswachstum nicht ohne Beschäftigungswachstum, und Beschäftigungswachstum nicht auf Kosten der Umwelt.

Ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Ziel ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört der Ausbau der Kita-Betreuung und der Ganztagsangebote an Schulen.

Um den aufgezeigten Forderungen gerecht zu werden, müssen Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktprogramme, Bildung und Umweltpolitik noch stärker ineinander greifen.

Die Rede im Wortlaut:

Wir begrüßen sehr, dass für den Planungszeitraum 2007 bis 2013 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Wenn es uns gelingt, damit Investitionen von 3 Mrd. Euro auszulösen, wird Schleswig-Holstein einen großen Schritt weiter sein.

Arbeitsmarktpolitik wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiger Bestandteil unserer Politik in Schleswig-Holstein sein. Richtig ist: Die Arbeitslosigkeit ist im vergangenen Jahr erheblich zurückgegangen und dieser positive Trend wird sich 2007 fortsetzen. Richtig ist auch: Das ist nicht genug. Wir werden morgen über Langzeitarbeitslosigkeit sprechen. **Arbeitsmarktpolitik** wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiger Bestandteil unserer Politik in Schleswig-Holstein sein.

Arbeitslosigkeit ist ein dramatisches soziales Problem, sowohl für die direkt Betroffenen als auch für den Sozialstaat und für den sozialen Frieden. Eine sich verfestigende soziale Teilung, bei der ein erheblicher Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dauerhaft von Teilhabe an Arbeit ausgeschlossen ist, birgt Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt und für die sozialen Sicherungssysteme. Arbeitslosigkeit macht krank - psychisch wie physisch – und Arbeitslosigkeit macht arm, nicht nur während der Arbeitslosigkeit selbst, sondern auch im Alter, wenn die erworbenen Ansprüche an die Rentenversicherung nicht ausreichen. Nicht nur die Arbeitslosen sind arm, sondern auch der Staat, denn Arbeitslosigkeit ist sehr teuer, und die Kosten trägt die gesamte Gesellschaft.

Wir werden uns hierzu einiges einfallen lassen müssen. Die SPD-Fraktion wird zeitnah eigene Vorstellungen zu diesem Thema präsentieren.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird auch – aber nicht nur! – bestimmt von der wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein. Und die sieht, wie Ministerpräsident Carstensen dargestellt hat, gut aus. Sie entwickelt sich ebenso wie die deutsche und die gesamte europäische Wirtschaft sehr positiv.

Die Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon im Frühjahr 2000 hat das Ziel formuliert, der Gemeinschaftspolitik neue Dynamik zu verleihen und **die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt auszubauen** (sog. Lissabon-Strategie). Dabei wurde dem Bürokratieabbau eine zentrale Rolle zuerkannt. Bürokratieabbau ist wichtig, ohne Zweifel. Er soll, das darf dabei nicht in Vergessenheit geraten, den Menschen dienen. Das bedeutet, dass wir weiterhin Regulationsmechanismen brauchen, die sich an unseren gesellschaftspolitischen Zielen orientieren, nicht nur am Interesse der Wirtschaft. Denn **das wirtschaftliche Interesse ist nicht automatisch eines, das allen Menschen dient**.

Trotz steigender Gewinne in einigen Branchen werden dort noch Arbeitsplätze abgebaut. Trotz starker Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und der Ausweitung des Niedriglohnbereichs werden immer noch Produktionsstandorte ins Ausland verlagert. Ein Beispiel: Das verarbeitende Gewerbe, das mit 6% einen im Bundesvergleich hohen Umsatzzuwachs hatte, baute ebenfalls im Bundesvergleich mit -2,2% die meisten Stellen ab.

Der **Abbau überflüssiger Vorschriften** soll selbstverständlich fortgesetzt werden, auch (aber nicht nur) im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums und ganz besonders mit Blick darauf, was unseren gesamtgesellschaftlichen Interessen dient.

Die **Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein unterscheidet sich von der in anderen westdeutschen Ländern**: Öffentliche und private Dienstleistungen sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr sind stärker vertreten, während Unternehmensdienstleistungen und das produzierende Gewerbe eine geringere Rolle einnehmen. In Schleswig-Holsteins Wirtschaft überwiegen weiterhin die kleinen und mittleren Betriebe, von den 72.500 Betrieben in Schleswig-Holstein haben lediglich 328 über 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind gerade einmal 0,5%.

Der Weg, den wir in Schleswig-Holstein gehen, ist richtig. **Wir stärken die wirtschaftlichen Schwerpunkte**, die wir haben. Unsere Kompetenzfelder sind die Life Sciences, die maritime Wirtschaft, der Energiesektor, Informations- und Kommunikationstechnologien, Mikro- und Nanotechnologie, Tourismus, Ernährung, Chemie- und Mineralölverarbeitung sowie Luftfahrt und Verkehrstechnik.

Das **Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“** zeigt, dass wir auch bundesweit sehr gut aufgestellt sind. Allein die maritime Wirtschaft umfasst 1.400 Unternehmen mit 45.000 Beschäftigten. Das ist ein Kompetenzfeld, das wir in den nächsten Jahren intensiv weiter ausbauen sollten. In diesen Zusammenhang gehört auch die Unterstützung des Hafenausbaus in Kiel und Lübeck, die der Ministerpräsident angesprochen hat. Wir müssen in Berlin klarstellen, dass eine einseitige Förderung des Hafens Rostock nicht akzeptabel ist.

Der **Tourismus** prägt im Sommer weite Teile Schleswig-Holsteins. Dennoch: Andere Urlaubsgebiete laufen uns den Rang ab. Das neue Tourismuskonzept setzt auf landesweit abgestimmtes Handeln. Es konzentriert sich besonders auf Familien und auf ältere Menschen, und es wird zusätzlich gezielt Angebote im hochwertigen Sektor schaffen. Wir haben bereits 2006 dafür die Weichen gestellt und verstärkt investiert. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt, uns mit einem zielgruppenspezifischen attraktiven Angebot stärker zu profilieren. Außer Meer und Wellness hat Schleswig-Holstein schöne Städte zu bieten. Der Bereich des Städtetourismus sollte noch stärker verankert werden, das betrifft sowohl das Freizeitangebot als auch den Kongresstourismus. Wir können mit unserer attraktiven Lage und den vorhandenen Kapazitäten hier weitere Ressourcen erschließen.

Wir sollten uns stärker auf eine Sektor übergreifende Förderung konzentrieren. In der nun begonnenen EU-Förderperiode sind **die Regional- und die Arbeitsmarktförderung zum „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“** zusammengeführt worden, bei gleichzeitiger Eigenständigkeit der Programmteile. Und Schleswig-Holstein erhält unter dem Strich mehr Geld aus Europäischen Fördertöpfen als zuvor.

Ich freue mich, dass es nach schwierigen Verhandlungen im letzten Jahr gelungen ist, die europäischen Mittel der neuen ELER-Verordnung zusammen mit den Bundes- und Landesmitteln für die neue sechsjährige Förderperiode ab diesem Jahr auf einem hohen Niveau zu halten. Ich freue mich ebenso, dass die CDU die Förderung des ländlichen Raumes als Schwerpunktaufgabe für diese Legislaturperiode versteht. Bedauerlich bleibt, dass der Koalitionspartner bis heute ländlichen Raum nur als Landwirtschaft versteht und vorrangig landwirtschaftliche Betriebe fördern will. Wir sehen das als SPD anders. Es geht darum, **die Infrastruktur im ländlichen Raum zu fördern und zu stärken** und die Entwicklung in den unterschiedlichen ländlichen Räumen voranzubringen. Das gilt für Wirtschaft, Tourismus, Verkehr, Verwaltungsreform bis hin zur Schule. Um die Ausrichtung der Förderung werden wir also weiterhin streiten.

Ein **bereichsübergreifender Ansatz ist beim Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung**. Wir haben wenig davon, wenn das Wachstum der Wirtschaft ohne Beschäftigungswachstum erfolgt und wir haben noch weniger davon, wenn die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer Zerstörung der Umwelt einhergeht. Deshalb setzen wir auf einen Ansatz, der unsere gesellschaftlichen Ziele insgesamt und nachhaltig berücksichtigt.

Wenn wir in Orten wie Eggebek den Konversionsprozess unterstützen, dann müssen wir darauf achten, dass Bewilligungszeiträume von Bundesbehörden für Investoren und Banken akzeptabel bleiben.

Gemeinsam ist der Koalition, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Darüber hinaus gehört die intensive Weiterentwicklung der Gleichstellung zu unseren gesamtgesellschaftlichen Zielen. Frauen und Männer sollen gleichermaßen am Fortschritt teilhaben. Das liegt auch im Interesse der Wirtschaft. Betriebe können es sich künftig nicht mehr leisten, auf die Hälfte des möglichen Fachkräftepotentials zu verzichten. Die **Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, die Männer und Frauen gleichermaßen betreffen, sind gut und

richtig. Die Gesellschaft investiert in die Ausbildung von Frauen ebenso viele Ressourcen wie in die von Männern. Von den enormen Kompetenzen, die hieraus erwachsen, sollten Betriebe, Bildungsstätten, Forschungseinrichtungen und öffentliche Verwaltung profitieren.

In diesem Bereich ist noch viel zu tun, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur ein Teil davon. Es muss auch an die Leitungspositionen gehen. Hier denke ich im Übrigen nicht nur an die freie Wirtschaft, sondern auch an die Hochschulen und an die öffentliche Verwaltung.

Der Ausbau von bedarfsgerechter, qualifizierter Kinderbetreuung und die Verbesserungen bei Ganztagsangeboten in Schulen sind daher ebenso wichtig wie die gezielte Berücksichtigung der Interessen und Schwerpunkte von Frauen, wenn es um Betriebsnachfolge, Existenzgründung und die Besetzung von Leitungspositionen geht. Nur wenn wir alle Ressourcen intensiv nutzen, werden wir im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können.

Die staatliche Wirtschaftsförderung basiert auf einer Potenzialanalyse. Sie zielt darauf ab, Innovation zu stärken, die bestehenden Einrichtungen zu koordinieren, Wissenschaft und Wirtschaft stärker zu verzahnen und Schleswig-Holstein national wie international besser aufzustellen. Das hat Minister Austermann in seinem Wirtschaftsbericht 2006 dargelegt. Es darf nicht nur für die Wirtschaft gelten, es muss auch auf andere Bereiche angewandt werden.

Für die SPD-Landtagsfraktion **ist Bildung untrennbar mit dem Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein verbunden**. Bei der Bildung geht die Koalition mit den Ganztagsangeboten, mit den Gemeinschaftsschulen und mit den Regionalschulen einen richtigen und zukunftsweisen Weg. Die Unterstützung individueller Stärken ist ebenso wichtig wie gezielte Förderung dort, wo noch Nachholbedarf ist. Deshalb steht die SPD-Landtagsfraktion hinter den Bildungsreformen.

Bislang schöpfen wir die Begabungsreserven nicht aus, weil eine strikte Aufteilung nach nur vier Grundschuljahren dazu geführt hat, dass die soziale Herkunft, aber nicht die **Begabung entscheidend für den künftigen Bildungsweg** und damit für die künftigen sozialen und beruflichen Chancen eines Kindes ist. Künftig werden Kinder nicht mehr so früh auf eine Schullaufbahn – und damit oft für ihr gesamtes späteres Berufsleben – festgelegt. Und sie werden nach Möglichkeit nicht mehr vom Schulbeginn zurückgestellt oder müssen eine Klasse wiederholen, sondern sie erhalten die Unterstützung, die sie brauchen. Wir wollen die Verschwendung von Lebenszeit und Ressourcen durch das Wiederholen ganzer Schuljahre zurückdrängen. Mitnehmen, nicht fallen lassen, heißt hier die Devise. Davon werden nicht nur die Kinder profitieren, sondern es wird der gesamten Gesellschaft, auch der Wirtschaft, zu Gute kommen.

Das gleiche gilt für die Weiterentwicklung von Berufsschulen zu Regionalen Berufsbildungszentren. Sie werden in noch höherem Maße in der Lage sein, mit der Wirtschaft vor Ort konstruktiv zusammenzuarbeiten, und das nicht nur während der Zeit der dualen Ausbildung, sondern im gesamten Prozess lebenslangen Lernens.

Angesichts grüner Berghänge mitten im Winter ist der **Klimawandel** nicht nur in den Medien ein Thema. Wir müssen dafür sorgen, dass dies auch im Frühjahr und im weiteren Verlauf des Jahres noch eine Rolle spielt und nicht nur ein aktuelles Medien-Highlight für kurze Zeit bleibt. Die bedrohlichen Szenarien des britischen Ökonomen Sir Nicolas Stern haben die Wahrnehmung für die heraufziehende Klimaveränderung auch bei Menschen geschärft, die das Thema bisher erfolgreich verdrängt haben. Warten, bis andere ihr Verhalten ändern, ist falsch. Deshalb müssen wir, die wir als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zwischen den Meeren leben, mehr tun als bisher und mehr als andere! Wir brauchen nicht erst Sturmfluten, um dies zu begreifen. Wir müssen nicht erst den „Schwarm“ lesen, um die Bedrohung der weltweiten Fischerei durch Überfischung zu begreifen.

Und wenn wir in Schleswig-Holstein sinnvollerweise Aquakultur fördern, dann kommt es darauf an, dass diese sich an ökologischen Erfordernissen orientiert. Positiv ist auch die Entwicklung

bei der Biomasse. Zu beachten ist aber auch, dass eine Konkurrenzsituation zwischen Biomasse und der Produktion hochwertiger Lebensmittel entstehen kann, so zu lesen in einem Bericht der SZ.

Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist **Nachhaltigkeit in jeder Hinsicht von zentraler Bedeutung**. Dazu gehört auch die Finanzpolitik, über die wir im Dezember intensiv diskutiert haben. Ein zügiger Schuldenabbau gehört unbedingt dazu, damit wir auch künftig noch in der Lage sind, dort zu fördern, wo es notwendig ist – wie in der Schule.

Die Zukunft Schleswig-Holsteins muss von integrierten Politikprozessen und Nachhaltigkeit geprägt sein. **Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktprogramme, Bildung und Umweltpolitik werden noch stärker ineinander greifen**. Ein Nebeneinander kann den Herausforderungen von Globalisierung, demografischem Wandel, technischer Entwicklung und gesellschaftlichem Wachstum nicht gerecht werden.

Das Zukunftsprogramm wird Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren ein gutes Stück voranbringen. Dies ist allerdings kein Grund, um sich zurückzulehnen. „Es gibt nicht nur die ewig Gestrigen, es gibt auch die ewig Morgigen“, hat der Schriftsteller Erich Kästner einmal gesagt. Dies ist besonders nach positiven Steuerschätzungen nicht ungefährlich.

Also: Starten wir mit einem guten Zukunftsprogramm in der Gegenwart und arbeiten gemeinsam an der positiven Entwicklung für Schleswig-Holstein, um erfolgreich in der Zukunft anzukommen.